

unistischen Partei der USA gewesen, hatte aber in jungen Jahren an diversen Treffen von kommunistischen Schriftstellern teilgenommen. Vor den Ausschuss zitiert, lehnte Miller es ab, irgendwelche Namen zu nennen, was ihm eine Geldstrafe von 500 Dollar und ein Jahr Gefängnis auf Bewährung einbrachte.

Der Fall erregte großes Aufsehen, was nicht nur auf Millers eigene Prominenz zurückzuführen war, sondern auf die weit größere von Marilyn Monroe, die er 1956 in zweiter Ehe geheiratet hatte. Man habe sie, schrieb Miller, wie ein animales Wesen behandelt, als wäre sie »eine preisgekrönte Gazelle oder ein genialischer Schimpanse«. Für Marilyn Monroes letzten vollendeten Film *The Misfits*, bei dem John Huston Regie führte, schrieb Miller das Drehbuch. 1964 brachte er seine Ehe mit Monroe unter dem Titel *Nach dem Sünden-*

fall auf die Bühne. Da war die Schauspielerin, die Miller als »höchst selbstzerstörerisch« bezeichnete, bereits seit zwei Jahren tot. Dass sie auch das Opfer einer medialen Massenhysterie war, konnte ihm nicht entgangen sein.

»Halb Königin, halb ausgestoßenes Kind« – die politische Variation des Themas hatte Miller bereits in *Hexenjagd* geliefert, dem bis heute meistgespielten und mehrfach verfilmten Stück des Autors. Es ist eine scharfsinnige dramatische Studie über Massenhysterie, erzeugt durch einen Hexenwahn, der 1692 in der puritanischen Stadt Salem in Massachusetts ausbricht. Miller zeigte am historischen Vorgang die Massenhysterie seiner eigenen Zeit, aber das Schreckensbild einer durch religiösen Fundamentalismus oder politischen Fanatismus in ein Terrorsystem abgleitenden Gemeinschaft hat an Aktualität bis heute nichts eingebüßt.

Analytiker der Massenhysterie



Wolf Scheller

war bis 2009 Rundfunkredakteur in Köln und ist nun freier Autor. Seine Schwerpunkte sind jüngere Zeitgeschichte und Literatur.

wolfscheller@gmx.de

Serge Embacher

Stress, Überlastung, Angst

Das Lebensgefühl der arbeitenden Mitte

Die im April 2015 erschienene Studie *Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall* der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sollte zu Tage fördern, wie angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Dynamisierung, angesichts des rasanten Wandels hin zu einer multikulturellen, multiethnischen, multioptionalen und hyperökonomisierten Gesellschaft die »arbeitende Mitte« verortet werden könnte. Wer oder was ist diese angenommene Mitte heute eigentlich? Was

denkt sie über ihr Leben, unsere Gesellschaft, über Politik und über die beiden Volksparteien, deren »Zielgruppe« sie ja ist?

Die Resultate basieren auf einer von TNS Infratest durchgeführten Befragung von Personen, die nach bestimmten Kriterien – Geschlecht, Alter, Bildung, Parteipräferenz, berufliche Tätigkeit, Familienstand, Ost/West – ausgewählt und in Fokusgruppen befragt wurden. Dabei ist ein aufschlussreiches Panorama von Gefühlen, Ansichten und Meinungen entstanden, das

als symptomatisch für den Zustand in der Mitte der Gesellschaft gelten kann.

Die zentrale Erkenntnis dabei ist (einmal mehr), dass es nicht gut bestellt ist um das geistige Fundament unserer Demokratie. Die Angehörigen der arbeitenden Mitte scheinen so sehr mit Arbeit, Wohlstandssicherung und Privatleben beschäftigt, dass für eine von politischer Meinungsbildung und ethisch-moralischen Haltungen geprägte Staatsbürgerrolle kaum noch Zeit und Interesse bleibt. Dabei wäre es ja gerade eine alerte, aufmerksame gesellschaftliche Mitte, die Wesen und Richtung der Politik entscheidend prägen könnte. Die Zumutungen, die eine am ökonomischen Dogma der Angebotspolitik ausgerichtete Politik auch für die relativ gut situierte Mitte der Gesellschaft täglich bereithält, sind ja nicht unerheblich. Der Widerstand gegen eine ungerechte Steuerpolitik (Stichwort: »kalte Progression«), gegen eine rein auf Kapitalinteressen ausgerichtete Wirtschaftspolitik (»TTIP«), gegen eine ohne echte Bürgerbeteiligung geplante Energiewende (»Investitionsbeschleunigungsgesetze«), gegen die Formierung eines unter dem Banner der inneren Sicherheit immer stärker kontrollierenden und überwachenden Staates (»Vorratsdatenspeicherung«) und gegen eine Lebensleistungen vernichtende Rentenpolitik (auf dem Weg zur Rente mit 70) könnte am effektivsten aus derjenigen Bevölkerungsgruppe kommen, die allen anderen zahlenmäßig weit überlegen ist.

Wenn die arbeitende Mitte ihre Stimme erheben würde, müsste der politische Betrieb, der bekanntlich weniger auf Argumente als auf öffentlichen Druck reagiert, sich an neuen Maßstäben ausrichten. Nur der Druck geballter Meinungsmacht bewegt politische Akteure, ihr Verhalten und die Ausrichtung ihrer Politik zu überdenken oder zu modifizieren. Ist dieser Druck – aufgrund fehlender materieller, intellektueller oder sonstiger Ressourcen – nicht vorhanden, passiert ungeachtet aller ab-

strakt-akademischen Diskurse über Gerechtigkeit, gutes Leben oder auch über Fairness, Angemessenheit und Nachhaltigkeit – nichts.

Das untere Fünftel der Bevölkerung beispielsweise fristet unter dem Kontrollregime von »Hartz IV«, in dem man sich mehr schlecht als recht und auf Dauer eingerichtet hat, sein prekäres Dasein. Ohne eigene Stimme und ohne die Fähigkeit, wie etwa einst die Arbeiterbewegung, öffentlichen politischen Druck aufzubauen, werden die Anliegen dieser wachsenden gesellschaftlichen Gruppe ungehört und folgenlos verhallen. Und ganz ähnlich (und doch anders) verhält es sich mit der hier im Fokus stehenden arbeitenden Mitte der Gesellschaft. Sie hätte aufgrund besserer Bildung und besserer materieller Standards zwar die Möglichkeit, ihre Anliegen druckvoll an die »politische Klasse« zu adressieren und auf diese Weise die Gesellschaft aktiv mitzugestalten, verzichtet aber darauf, weil sie, auch aufgrund des Drucks in der Rushhour des Lebens, einen weitgehenden Rückzug ins Private unternommen hat. Und so nimmt sie die Restriktionen (Absenkung des Rentenniveaus, Erhöhung des Drucks auf dem Arbeitsmarkt z.B. durch Ausweitung atypischer Beschäftigung, permanenter Mietanstieg etc.), denen sie selbst durch eine vom ökonomischen Dogma getriebene Politik ausgesetzt ist, nahezu widerstandslos hin. Der Frust entlädt sich an anderen Stellen, was die Ergebnisse der FES-Studie deutlich zeigen.

Das beginnt beim Lebensgefühl, das von Zeitenge (Stress), Überlastung, Angst vor Arbeitsplatz- und Statusverlust, Fixierung auf das Private, Pragmatismus und einem nahezu trotzigen Selbstvertrauen gekennzeichnet ist. Diese Kombination deutet auf eine dem Politischen ferne Grundhaltung der arbeitenden Mitte hin. Man möchte möglichst oft zu Hause sitzen und »nur noch abschalten«. Man fürchtet sich vor Mietsteigerungen bei stagnierendem Einkommen, vor Altersarmut und dem

Aussortiert werden, ergeht sich aber zugleich in politischem Defätismus und sucht sein Heil in stark aufgewerteten familiären Beziehungen.

Die Grundhaltung der privatistischen Mitte ist eine Art pessimistischer Pragmatismus. Der Blick auf die Zukunft ist illusionslos, nüchtern und gesellschaftlich ideenlos. Es gilt die simple Devise, dass das Leben weitergehen und dass man »aus allem das Beste machen« müsse. Für die politische Analyse interessant ist vor allem der Umstand, dass das in der Mittelschicht über Jahrzehnte vorherrschende Vertrauen in die »Wohlstandsgarantie« nach der Devise »Leistung lohnt sich« offenbar zerstört ist. Im Gegenteil herrscht eher die fatalistische Grundhaltung »Nichts ist sicher« vor. Häufig wird die Überzeugung geäußert, dass sozialer Abstieg heute potenziell jeden (also nicht nur »die Faulen«) treffen und jeder »in der Gosse« landen kann. Hier sind die geäußerten Einstellungen teilweise paradox. Während man sich das jederzeit mögliche Scheitern trotz großer Leistungsbereitschaft vor Augen hält, vertraut man dennoch der eigenen Leistungsfähigkeit, die dabei hilft, die Zukunft zu meistern. Anders gesagt: Man vertraut dem Wohlstandsversprechen zwar nicht mehr, verhält sich aber selbst genau gemäß diesem Versprechen. Konkrete Zukunftssorgen betreffen dann folgerichtig häufig den potenziellen Verlust der eigenen Leistungsfähigkeit durch Krankheit oder Alter.

Die Einschätzung der aktuellen gesellschaftlichen Lage ist nun konsequenter Ausdruck des eben umrissenen Grundgefühls. Sie ist geprägt von erschreckendem Ressentiment gegen Menschen, denen es wesentlich schlechter geht als der »arbeitenden Mitte«. Fehlende Gerechtigkeit wird nicht etwa daran festgemacht, dass der gesellschaftliche Reichtum zugunsten der winzigen Gruppe der »Happy Few« verteilt ist. Vielmehr wird mit Blick auf Gerechtigkeitsfragen vor allem moniert, dass die Abgrenzung »nach unten«

unzureichend sei. Man fühlt sich benachteiligt, obwohl man etwas leistet. Der vielbeschworene und hier grotesk verdrehte Sozialneid bricht sich dabei in Sätzen Bahn wie »Auch wer nicht arbeitet, bekommt, was er zum Leben braucht« oder »Mir ist wichtig, dass Leute, die was arbeiten, mehr Geld kriegen als die, die nichts arbeiten«. In solche Ausführungen mischen sich dann punktuell auch Ressentiments gegenüber Zuwanderern, und dies entlang der populistischen Linie, dass »Ausländer«, die nicht in die deutschen Sozialsysteme eingezahlt haben, davon nicht profitieren dürften.

Von der Politik erwartet man dann eher diffus, sie solle »dafür sorgen, dass es der Bevölkerung gut geht« und »die Interessen der Bevölkerung vertreten und umsetzen«. Von diesen allgemeinen Zuschreibungen abgesehen gilt jedoch, dass die arbeitende Mitte wenig über die Politik in Deutschland weiß und in vielen Fällen – ungeachtet ausgeprägter Meinungsfreude – schlicht und ergreifend keine Ahnung von politischen Zusammenhängen hat, weder von Inhalten noch von Strukturen. Schon das Interesse an Politik ist nur mäßig ausgeprägt. Die politischen Abläufe sind folgerichtig für viele schwer durchschaubar, was aber nicht auf das eigene, von Desinteresse geprägte Verhalten, sondern pauschal auf »die« Politik oder »die« Politiker geschoben wird. Häufig gilt daher mit Blick auf diverse Problemlagen: Man kann die Einflussmöglichkeiten der Politik kaum abschätzen, was etwa in dem paradoxen Statement »Natürlich haben wir hier viele Probleme. Aber was soll denn die Politik daran ändern?« kulminiert.

Generell dominieren pauschale Negativurteile über Politik. Die aufgezeichneten Antworten zu diesem Fragenkomplex lesen sich wie ein Lehrbuch des Politikfrusts: Politik hat den Kontakt zum Volk verloren; Politik lässt sich stärker von der Wirtschaft leiten als vom Wählerwillen; Politik ist nicht glaubwürdig; Wahlversprechen werden meistens nicht eingehalten; Politiker

und Parteien sagen dem Volk nicht die Wahrheit; Politiker haben hauptsächlich den eigenen Vorteil im Sinn. Diese klischeehaften, aber dennoch real vorhandenen Einschätzungen bestimmen ganz wesentlich das politische Denken der arbeitenden Mitte. Diese Tendenz zum schablonenhaften und uninformierten Wahrnehmen von Politik ist – leider, möchte man ausrufen – sehr stark ausgeprägt, was sich auch in den Meinungen und Ansichten zu allen Politikfeldern zeigt.

Fazit: Was auf jeden Fall hervorsteicht, ist der objektive Bedarf an politischer Bildung. Es gilt das alte Wort, dass sich eine fundierte Meinung nur bilden kann, wer hinreichend informiert ist und gelernt hat,

reflexiv zu denken. Dass die Kenntnisse über Strukturen und Funktionsweisen des politischen Systems und auch die über die politischen Zusammenhänge bei der arbeitenden Mitte in Deutschland nur schwach ausgeprägt sind, muss vor dem Hintergrund dieser Annahme beunruhigen. Eine Großoffensive in politischer Bildung – beginnend in Kita und Schule – wäre also dringend angezeigt. Die Demokratie braucht aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger. Sie sind die Substanz des Politischen. Wo aber ist die Politik, die daran Interesse hätte?

(Die Studie ist abrufbar unter:
Library.fes.de)



Serge Embacher

ist Politikwissenschaftler und Publizist. Zuletzt erschien (zusammen mit Susanne Lang) bei J.H.W. Dietz: *Recht auf Engagement. Plädoyers für die Bürgergesellschaft* (2015).

info@serge-embacher.de

Gespräch mit Tatjana Kaube und Katja Lucker

»Etablierte Künstler sahen ab, junge fallen hinten runter«

Über das schwierige Geschäft der Kulturförderung am Beispiel des Berliner »Musicboard«

Der Berliner Senat hat Anfang 2013 das Musicboard eingerichtet. Die Aufgabe dieser bundesweit einzigartigen Institution ist es, die Popmusikszene der Stadt zu unterstützen und ihre kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung zu stärken. Dazu arbeitet das Musicboard eng mit den Berliner Musikunternehmen zusammen, vermittelt oder fördert Kooperationsprojekte, hat gerade das Musikfestival »Pop-Kultur« im legendären Berliner Techno-Club Berghain ins Leben gerufen, unterstützt aber auch in Berlin lebende Künstler/innen der Popmusik direkt. Es setzt dabei auf die Mitarbeit und innovative Kraft der Musik- und Kreativ-

branche und verfolgt damit eine neue Form der Popmusikförderung. Klaus-Jürgen Scherer sprach mit der Leiterin Katja Lucker und Tatjana Kaube, Referentin des Musicboards in der Senatskanzlei.

NG/FH: Ihr fordert, Pop als politische Äußerung und Kulturgut anzuerkennen. Was versteht ihr genau unter Popmusik?

Katja Lucker: Eine ganze Menge und eigentlich ist es ganz einfach zu definieren. Wir fördern keine klassische Musik. Wir fördern aber Projekte im Grenzbereich zwischen Popmusik und Klassik, Jazz oder